

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M.
(beim Abonnement 27 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im Voraus zahlbar.
Postbezug 2,97 M. einschließlich 60 Pf. Anzeigens- und 72 Pf. Postbefreiungswähren. Auslandbezugsmittel 3,65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Posttarif 4,65 M.

Das „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Doppel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Sonntagsbeilage „Soll und Sein“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die städt. Postämter sind 10 Pf. Reklamezettel 2.- M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 20 Pf. (einschließlich zwei festgedruckte Worte, jedes weitere Wort 10 Pf.). Robott St. Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Wilmersberg 25 Pf. Familienanzeigen Wilmersberg 16 Pf. Anzeigenannahme im Hausgeschäft Lindenstraße 2 wochentäglich von 9/4 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmigter Anzeigen vor!

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 293-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dr. G. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65-66

Das Gesicht der Reaktion.

Der Monarchist als Verfassungsminister der Republik.

Die Reichsregierung bedarf nach der Verfassung des Vertrauens des Reichstags. Wird dieses Vertrauen nicht gewährt, so muß sie zurücktreten.

Der Regierung der Barone, die seit wenigen Tagen ins Amt gesetzt ist, wäre das zur Amtsführung erforderliche Vertrauen des Reichstages todsicher verweigert worden. Um dieser sicheren Niederlage einstweilen zu entgehen, hat sie ihren Auftraggeber zur Auflösung des Reichstags und zur Anordnung von Neuwahlen veranlaßt. Sie ist damit einer eingehenden Befragung über ihre Absichten und Ziele auf parlamentarischem Boden ausgewichen. Dafür hat sie Lustucht in einer — das Volk und ihre Vorgänger beschimpfende — allgemeine Proklamation gesucht.

Und nun —

Nun ist sie vor den Reichsrat getreten, vor die Vertretung der Länderregierungen und der preussischen Provinzen, wo am Donnerstag der Innenminister dieser Welsregierung sich mit einer Rede einführte. In diesen Versammlungshäusern bietet diese ein getreues Spiegelbild der zwar anspruchsvollen, aber ideenlosen Politik, die das Kabinett der Barone dem deutschen Volke zu bieten wagt.

Drei Dinge kann man aus der langen Rede als politisch wichtig herausheben:

1. Der Reichsinnenminister Freiherr von Gajl bekennt sich offen zur Monarchie als deutschem Staatsideal. Er verpricht aber gleichzeitig die Verfassung der Republik als Minister zu schützen und erklärt darüber hinaus jedes Verstecken über Absichten zur Wiederherstellung der Monarchie als „Geschwäh“. Ja, der Herr Baron verbitte sich jeden Zweifel an seiner Verfassungstreue!

2. Der monarchistisch-republikanische Verfassungsminister beabsichtigt die von seinem Vorgänger als militärisch verbotenen Gewalthäufen der SA. und SS. wieder zuzulassen. Er betrachtet es sogar als Aufgabe der Regierung, die „machtvolle nationale Bewegung der Gegenwart als eine Staat und Volk erhaltende Kraft zu werten und zu benutzen“!

3. Der gleiche Freiherr von Gajl wehrt sich auch im Namen seiner freiherrlichen und sonst geduldeten Ministerkollegen gegen den Verdacht, reaktionär zu sein. Zum Beweise dessen spricht er von seinen — Schützengrabenerlebnissen, von einer damals gewonnenen Erkenntnis, daß „der Heimat ärmster Sohn auch ihr getreuester war“ und erklärt, daß diese Erkenntnis ihn auf seinen ferneren Wegen nicht verlassen werde.

Zu diesen drei Dingen, die wir aus der langen programmatischen Rede herausheben, ist mancherlei zu sagen. Ob das Kabinett der Barone reaktionär ist, entscheidet es nicht selbst. Darüber urteilt das Volk, das in seiner erdrückenden Mehrheit republikanisch ist und nichts wissen will von Monarchisten, die ihre Herzensmeinung zur Disposition gestellt haben. Dieses Volk, vor allem seine arbeitenden Schichten in Stadt und Land, hat nichts gemein mit der herablassenden Freundlichkeit der Döselbier, die ihm schöne Worte sagen über Schützengrabengemeinschaft und dergleichen, die aber in ihrer ersten Regierungsproklamation es als „moralisch zermürbt“ beschimpften und seine ungeheuren seelischen und moralischen Opfer mit dem Vorwurf beantworteten, die Nation zu einem „Wohlfahrtsstaat“ herabzuwürdigen.

Das Volk, besonders das arbeitende Volk, hört nicht gern, wenn monarchistische Barone das Wort des Sozialdemokraten Brügger zitieren, daß Deutschlands ärmster Sohn auch sein getreuester sei. Mit solchen Sätzen läßt sich niemand von Baronen einlassen. Wohl aber sieht das Volk, besonders das arbeitende Volk, daß der ärmste und getreueste Sohn der Republik in diesem Gajl-Schleicher-Popen-Kabinett keine Vertretung hat und daß die so ihrich besungene Schützengrabenerkameradschaft tatsächlich im Reichskabinett dargestellt wird durch eine Kasinokameradschaft feudaler Herrenklub-Offiziere! Diese Tatsache ist ein-

Gajls Programm.

Viele Worte — aber wenig Realitäten.

Der Reichsrat hielt am Donnerstagnachmittag seine übliche wöchentliche Vollversammlung ab, in der sich der neue Innenminister Freiherr v. Gajl vorstellte.

Reichsinnenminister Freiherr von Gajl führte nach einleitenden persönlichen Worten der Erinnerung und des Dankes an die Mitglieder des Reichsrats, dem der Minister fast elf Jahre als Bevollmächtigter seiner Heimatprovinz Ostpreußen angehört hat, folgendes aus:

Wenn ich nicht im Reichsrat den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Brennpunkten unseres öffentlichen Lebens nahegestanden und in ihm eine hohe Schule des politischen Lebens durchgemacht hätte, wäre ich dem Ruf des Herrn Reichspräsidenten nicht gefolgt. Nachdem ich nun den Schritt, veranlaßt und gestärkt durch die langjährige Mitgliedschaft im Reichsrat, gewagt habe, ist es mir eine besondere Ehre und Freude, der Minister zu sein, dem die Pflege der Beziehungen zu den deutschen Ländern vornehmlich obliegt und der in erster Reihe berufen ist, unter ihnen den Vorstoß zu führen. Ich habe erkannt, daß die stärksten Kräfte unseres Volkes in dem Heimatboden und der Liebe zur angestammten Heimat wurzeln, daß die Eigenart der deutschen Stämme etwas heiliges ist, was des Verständnisses und liebevoller Pflege bedarf, und daß der kulturelle Hochstand unseres Volkes nicht der Befruchtung von einer Zentrale, sondern der Mannigfaltigkeit des Lebens in den einzelnen deutschen Ländern sein Dasein verdankt. Wir werden daher die Eigenart des Eigenlebens der deutschen Länder selbstverständlich nicht antasten.

Für Preußen erwarten wir besonders das rasche Zustandekommen einer verfassungsmäßigen Regierung, von der wir hoffen, daß sie in den großen Fragen der Nation mit der Reichsregierung übereinstimmen und in lebendiger Fühlung mit uns arbeiten wird.

Aus dieser Überzeugung heraus werde ich die Aufgabe der Reichsreform anlassen. Es ist noch nicht die Zeit gegeben, auf diesem Gebiet eine Stellungnahme der Reichsregierung auszusprechen. So dringen diese Reform auch ist und so sehr sie zusammenhängt mit den notwendigen Maßregeln zur Vereinfachung und Verbildigung der öffentlichen Verwaltung, so liegen heute dringendere Aufgaben vor, deren Lösung die Stunde gebieterisch fordert. Das bedeutet kein Aufschieben auf die lange Bank. Die Reichsregierung kann aber die dringenden Fälle ihrer Aufgaben nur schrittweise lösen.

Das gleiche gilt von der Verfassungsreform. Die Weimarer Verfassung, die Grundlage unseres öffentlichen Lebens, deren Hüter ich als Reichsinnenminister pflichtgemäß bin, ist seit ihrem Bestehen vielfach durch die Befehlsgebung durchlöchert und

nach unbedingtem Anstoß weitestgehender Reformen bedürftig.

Verfassungen sind nicht starre Ideale, sondern lebendige Wesen und der Entwicklung unterworfen. Wir werden auch an diese Aufgabe mit Ernst und Eifer herangehen.

Zweiterlei aber muß ich in diesem Zusammenhang besonders betonen:

Das Verstecken von einer geplanten Änderung der Verfassung in der Richtung der Wiederaufrichtung der Monarchie ist ein törichtes und darum schändliches Geschwäh.

Ich würde mir erbärmlich vorkommen, wenn ich auf dem Ministerstuhl verstanden würde, meine persönliche, nicht nur angeborene und anerzogene, sondern in langen Jahren auch selbsternannte Überzeugung zu verleugnen, daß ich die Monarchie für die angemessenste Staatsform für ein Volk inmitten des Herzens von Europa halte und daß ich, geschichtlich gesehen, mir der Verdienste des bisherigen Königs- und Kaiserhauses um das deutsche Volk stets dankbar bewußt bin.

Ich bin aber der Überzeugung, daß in diesen Zeiten des Kampfes um Sein oder Nichtsein, die Frage der Staatsform, Republik oder Monarchie, keine Frage ist, die unsere Zeit, geschweige denn die gegenwärtige Reichsregierung zu lösen hat. Wir sind mit dem ganzen Volk heute so mit Lasten und Nöten schwerer Art beladen, daß wir erst verstanden müssen, dieser Bürden ledig zu werden, ehe wir überhaupt die Möglichkeit haben, uns mit der Staatsform zu befassen.

Höher als die Form steht der Staat der Deutschen, den zu retten unsere einzige Pflicht ist. Ich denke als Verfassungsminister nicht daran, unser Volk durch Aufrollung der Frage der Staatsform in neue Verwirrung zu bringen.

und ich verbitte mir deutlich jeden Zweifel in meiner in die Hand des Herrn Reichspräsidenten gelobten Verfassungstreue. So wie ich denken der Herr Reichskanzler und die übrigen Mitglieder des Kabinetts unter bewußter und pflichtgemäßer Hintanziehung aller persönlichen Anschauungen und Gefühle.

Zum zweiten ein Wort über die angebliche reaktionäre Einstellung des Kabinetts und meiner Person. Wir müssen die nun einmal in der Öffentlichkeit erfolgte Abstemplung als reaktionär mit Würde und einem gewissen Humor tragen, bis das deutsche Volk einmal erkennt, wie falsch diese Kennzeichnung gewesen ist. Wir wissen, daß man Vergangenes nicht wieder herstellen kann, wie man Ruinen nach alten Plänen und Bildern wieder aufbaut. Wir wollen helfen, daß unser Volk lebt und einer besseren Zukunft entgegen geht. Darum wollen wir einen organischen Fortschritt und keinen Rückschritt. Wir sind keine

deutiger als alle schönen Redensarten, die nicht einmal mehr in den zurückgebliebensten Gegenden des Reiches vollen Glauben finden.

Das Mißtrauen gegen diese reaktionäre monarchistisch-nationalistische Regierung konnte im Reichstage zwar noch nicht bestätigt werden. Aber es besteht und wächst mit jedem Tage. Vertrauen genießt sie allein bei den Gefolgsmännern Hitlers, die der Baron von Gajl als „Staat und Volk erhaltende Kraft“ werten und benutzen will. Vielleicht läßt ihm sein Amt noch so viel Zeit übrig, einmal nach Frankfurt a. d. Oder hinüberzufahren. Er kann dort die neuesten Ausbrüche dieser „erhaltenden Kraft“ an den blindwütigen Zerstörungen feststellen, die dort am Eigentum der Verbände der Ärmsten und getreuesten Söhne der Heimat von der „machtvollen nationalen Bewegung“ Hitlers angerichtet wurden.

Mehr noch: das Reichskabinett will nach Gajls Versicherung am Umbau der Verfassung arbeiten, die ihm dringend notwendig erscheint. Die Not des Landes sollte allerdings jede Regierung zunächst veranlassen, die Grundlagen der Verfassung, nämlich die Lebensfähigkeit des Landes zu sichern. Gemeinden, Kreise, Länder schreien geradezu um Hilfe vor dem finanziellen

Bankrott. Die an anderer Stelle verzeichnete Erklärung der Stadt Duisburg — anti-marginalistischer Oberbürgermeister ist der frühere Reichsinnenminister Jarres! — über die Einstellung der Finanzjahre ist ein Alarmruf, den auch das Kabinett der Barone nicht überhören kann. Die Regierung Brüning hatte wenigstens gewußt, daß unbedingt etwas geschehen muß. Die Hintermänner der Barone aber haben bisher nur erkennen lassen, daß eine neue Liebesgabe an Großagrarier für den Kartoffelschnaps wichtiger sei als das Schicksal der Erwerbslosen.

Wohlgeformte Reden können die Not nicht bannen. Die wirkliche Schützengrabengemeinschaft der Millionen in Krieg und Frieden erprobter Arbeiter wird aber das Kabinett der Barone immer wieder an ihre Pflicht erinnern, an die Opfer des Kapitalismus zu denken. Diese Gemeinschaft der Kämpfer wird ihre Ansprüche auf Grund der Verfassung immer wieder anmelden und wird dafür sorgen, daß das Kabinett der Kasino-Gemeinschaft von der Bildfläche verschwindet, je schneller, desto besser!

Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Das Volk hat das Wort!

Der Druck auf Preußen.

Letzter Ausweg aus bedenklicher Krise.

Die preußische Regierung sieht sich gezwungen, in einer Zeit höchster wirtschaftlicher Not und politischer Spannung eine neue Steuer einzuführen. Die Hauszinssteuerermäßigungen zu reduzieren und einen Teil der Beamtengehälter einzubehalten. Wenn eine Regierung von so sozialer Gesinnung wie die preußische einen solchen Weg beschreitet, dann muß es wirklich der letzte Ausweg zur Aufrechterhaltung einer gesunden Finanzwirtschaft sein. Denn die Schlachtsteuer ist eine sehr rohe indirekte Steuer, die lebenswichtigen Bedarf trifft, die neue Hauszinssteuerregelung bedeutet faktisch für eine leistungsschwache Schicht von Mietern eine fühlbare Mietsteigerung, und die Einbehaltung eines Teils der Beamten- und Angestelltengehälter muß sich zunächst als ein Gehaltsabbau auswirken.

Wir haben gar keinen Grund mit diesem harten Urteil über die Maßnahmen der preußischen Regierung zurückzuhalten, aber kann man ihr selbst die Schuld daran geben? Ja; aber kann man ihr selbst die Schuld daran geben? strengste um die Herstellung des Haushaltsgleichgewichts bemüht. Sie suchte nach einem gangbaren Weg, um neue Steuern zu vermeiden und doch das Abgleiten in die Schuldenwirtschaft zu verhindern. Sie fand den Ausweg in der Veräußerung von Vermögen an das Reich. Dazu war das Reich auch bereit, der Kaufpreis von 100 Millionen vereinbart. Aber im letzten Augenblick ließ das Reich Preußen im Stich und löste das Versprechen nicht ein. Was blieb nun Preußen anderes übrig, als aus eigener Kraft den Weg zur Ausgleichung des Haushalts zu finden?

Aber die Schuld des Reichs liegt noch tiefer. Es ist doch kein Zufall, daß ein Land nach dem anderen und selbst die größten Länder nach Preußen (Bayern und Sachsen) dazu übergeben, die Schlachtsteuer einzuführen. Die Länder müssen zu solchen bedenklichen Maßnahmen zwingen, weil das unglückselige System des Finanzausgleichs ihnen keinen anderen Ausweg läßt. Das Reich häuft auf die Länder und Gemeinden Lasten über Lasten, aber es verlagert ihnen die Mittel und versperrt ihnen die normalen Steuerwege, um der Aufgaben, mit denen sie belastet werden, gerecht werden zu können. Schon sind die Gemeinden, überlastet durch die Wohlfahrtsfürsorge, in die Defizitwirtschaft hineingezogen worden, und so werden die Länder genötigt, zu Verzweiflungsmaßnahmen zu greifen, wie sie die neue preußische Rotoverordnung darstellt. Nur Böswillige oder Gedankenlose könnten die preußische Regierung verantwortlich machen für einen Schritt, der ihr von außen aufgezwungen wurde.

Wenn aber auch grundsätzlich der Notstand Preußens anerkannt werden muß, so könnte doch wenigstens in einem Punkt an eine Milderung der geplanten Maßnahmen gedacht werden. Es könnte den Beamten und Angestellten das Opfer, das sie der Finanznot des Staates bringen müssen, dadurch gemildert werden, daß man die Zurückbehaltung eines Teils des Gehalts in eine Art Zwangssparkasse erträglicher macht. Die Finanznot zwingt den Staat, von seinen Beamten und Angestellten zu verlangen, daß sie zwangswise beim Staat einen Teil ihres Gehalts sparen. Dafür gebührt ihnen aber auch eine Verzinsung des „gesparten“ Gehaltsteils etwa in der Höhe, in der auch die Spartkassen Spargelder verzinsen. Das würde für den Staat keine große Belastung bedeuten, es den Beamten und Angestellten aber wesentlich erleichtern, der Notmaßnahme des Staates Verständnis entgegen zu bringen.

Die Proletarier aber, denen jetzt der volle Hauszinssteuerbetrag aufgeladen wird, von dem sie bisher infolge ihres geringen Einkommens befreit waren, müssen schleunigst in anderer Weise davon geschützt werden, daß sie sowohl als Konsumenten wie als Mieter die einzigen Schichten bleiben, die den vom Reich verschuldeten preußischen Fehlbetrag decken müssen.

Demonstrationsanträge.

Die deutschnationale Fraktion hat im Preussischen Landtag folgenden Antrag eingebracht:

Die neue Rotoverordnung der noch die Geschäfte führenden preussischen Regierung bringt mit ihren Bestimmungen über die Änderung der Hauszinssteuerordnung, die Einführung der Schlachtsteuer und die Gehaltsstützung für Beamte und Angestellte neue untragbare Lasten. Der Landtag wolle daher beschließen: Die Rotoverordnung wird aufgehoben.

Auch die kommunistische Fraktion fordert in einem Antrag die sofortige Aufhebung der Rotoverordnung.

Die deutschnationalen demonstrieren in Preußen. Die untragbaren Lasten, die ihre Parteigänger im Kabinett der Barone für das Volk in Vorbereitung haben, finden dagegen ihren möglichen Helfen.

Die Wahl des Ministerpräsidenten.

Wahrscheinlich am 22. Juni.

Wie das Nachrichtenbüro des BZJ. in parlamentarischen Kreisen hört, ist nicht damit zu rechnen, daß sich im Kabinettsrat des Preussischen Landtags eine Mehrheit für die Vorberlegung des Wiederzusammentritts des Landtagsplenums auf den 14. Juni oder einen anderen Termin vor den heftigen Wahlen findet.

Dagegen dürfte im Kabinettsrat verlangt werden, daß auf die Tagesordnung der nächsten Plenarsitzung des Landtags am 22. Juni außer der bereits vorgesehenen endgültigen Wahl des Landtagspräsidenten auch die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten gesetzt wird.

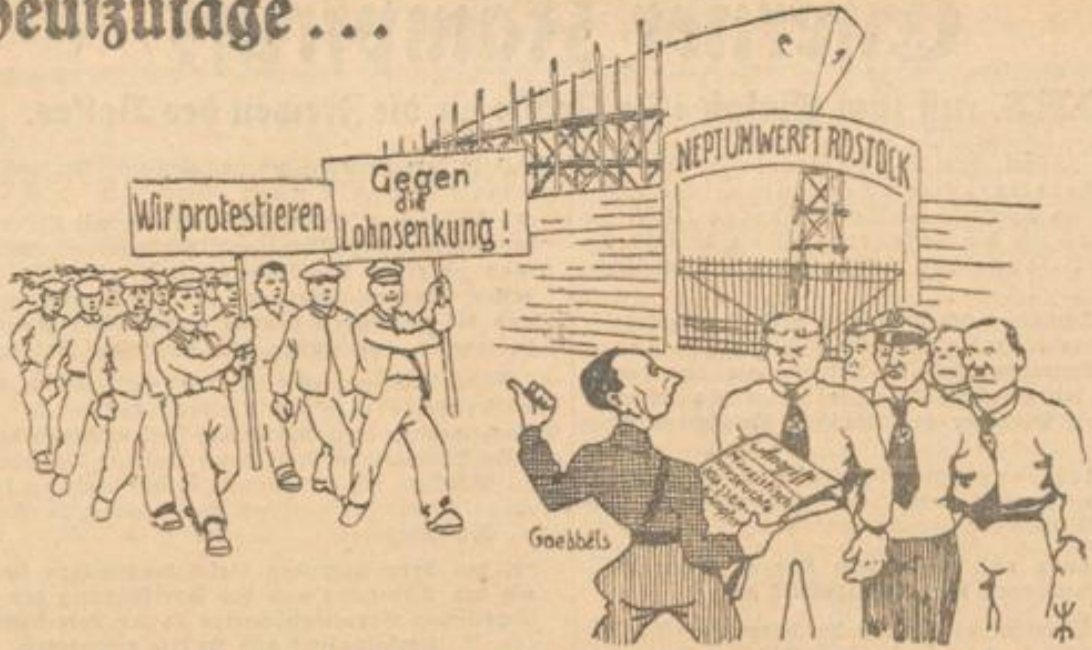
Die Freunde der Barone.

Bereinigte Vaterländische Verbände sind begeistert.

Die Vereinigten Vaterländischen Verbände, eine konservativ-rechtsreaktionäre rechtsreaktionäre Organisation, begrüßen begeistert das Kabinett der Barone und danken Hindenburg für seine Berufung. Das ist um so charakteristischer, als sie während den Wahlkampf gegen Hindenburg für Hitler betrieben hatten.

Endgültiges Wahlergebnis in Oldenburg. Der Verbandswahl-ausschuss hat am Mittwoch das endgültige Ergebnis der Oldenburgischen Landtagswahlen festgesetzt, das von dem parteilosen amtlichen nicht abweicht. Daraufhin hat nunmehr das Staatsministerium den Landtag zum 18. Juni zur Eröffnungssitzung einberufen.

Heutzutage ...



„Da seht ihr, wohin die Begehrlichkeit der Massen führt, wenn die moralischen Kräfte durch Klassenhaß zerstört sind!“
„Wohin denn, waderer Führer?“
„Zur Aussperrung natürlich! Oder glaubt ihr, sowas läßt sich ein Brotgeber heutzutage ungestraft gefallen?“

Straffreiheit für Terroristen.

Amnestieanträge im preussischen Rechtsausschuß angenommen.

Der Rechtsausschuß des Preussischen Landtags beriet am Donnerstag über die von den Nationalsozialisten und Kommunisten gestellten Amnestieanträge. Da die beiden radikalen Hilfsparteien im Landtag — und daher auch im Rechtsausschuß — zusammen über die absolute Mehrheit verfügen, so war die Annahme von vornherein sicher, wenn die Kommunisten den Nazis Hilfeleistung leisteten. Und sie taten es!

Nachdem der Berichterstatter Sting (Nsoz.) ein einseitiges Plädoyer für den nationalsozialistischen Antrag gehalten und der Kommunist Steinjurtz eine der üblichen kommunistischen Agitationsreden vom Stapel gelassen hatte, führte namens der Sozialdemokratie Abg. Ruttner aus:

Diese Amnestie, wie sie Nationalsozialisten und Kommunisten für alle politischen Delikte ohne Unterschied fordern, ist gekennzeichnet durch ihre Uferlosigkeit. Auch die

schwersten und rohesten Taten, Mord und bestialischer Totschlag, sollen nach dieser Amnestie völlig straffrei sein.

Dabei operieren Nationalsozialisten wie Kommunisten ständig mit Werten ihrer von politischen Gegnern erklagten Anhänger, die je mehrere hundert Namen umfassen. Während sie auf den Strafen sich gegenseitig „Rache“ zuschreiben, vereinigen sie sich im Parlament, um den Mörder ihrer Parteifreunde die Straffreiheit zuzusichern. Besonders trag ist der Widerspruch bei den Nationalsozialisten. Erst am 3. Juni 1932 hat der nationalsozialistische Abg. Freister im Landtag eine Rede gehalten, worin er das Zentrum dafür verantwortlich gemacht hat, daß angeblich 300 Nationalsozialisten in Deutschland straffrei hätten ermordet werden können. Wirklich hat Herr Freister ausgeführt:

Ist das Christentum, daß man ein jahrelanges Verbrechen nachher ungestraft davontommen läßt? Nein, Christentum heißt dafür sorgen, daß das Verbrechen in einem Volke nicht überhand nimmt, Christentum heißt, daß jeder Mann, der sich gegen die Grundgesetze des Volkstums zu verhalten wagt, dafür auch dem Volke Rechenschaft zu geben hat. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Nsoz.)

Es ist typisch nationalsozialistisch, daß sie im gleichen Atemzug Rache wie Amnestie fordern. Die Urheber der Amnestieanträge haben sich überhaupt nicht klar gemacht, welche Taten alle unter die von ihnen verlangte Amnestie fallen. In letzter Zeit ist es mehrfach vorgekommen, daß Nationalsozialisten in Landfriedensbruch-Prozessen verurteilt worden und dann politische Gegner des verurteilten Mordes bezichtigt haben. Solche Taten, wie sie gemeiner nicht gedacht werden können, sollen auch straffrei bleiben. Amnestie hat nur Sinn, wenn ihre Folge eine allgemeine Befriedung ist. Aber die Antragsteller wollen das Gegenteil.

Die Nationalsozialisten wollen den Terror legalisieren. Sie wollen ihren Anhängern die Heberzeugung verschaffen, daß sie politische Gegner umbringen und niedererschlagen können, ohne dabei die geringste Strafe zu riskieren.

Die Folge dieser Amnestie wird nicht eine Beruhigung des öffentlichen Lebens, sondern eine ganz gewaltige Zunahme der politischen Gewalttaten sein. Wie politischen Mörder werden darauf vertrauen, daß es ihres Jahr eine neue Amnestie gibt. Das Tragikomische ist bei der Sache, daß die Kommunisten wieder einmal den Nationalsozialisten bei der Ausbreitung ihres Terrors helfen, obwohl Gregor Strasser angekündigt hat, daß unter nationalsozialistischer Herrschaft jeder Kommunist niedergeschlagen werde, der noch wagen sollte „Heil Moskau!“ zu rufen.

Wir Sozialdemokraten lehnen die Legalisierung des Terrors ab.

Wenn aber durchaus amnestiert werden soll, so verlangen wir die Beseitigung derer, die sich verteidigt und die Republik gefährdet haben. Einen solchen Antrag haben wir eingebracht. Ferner verlangen wir eine wirtschaftliche Amnestie für Delikte, die aus Not begangen sind, allerdings mit der Einschränkung, daß solche Taten davon ausgenommen bleiben, die aus Habgier, Genußsucht und gemeiner Gesinnung der Täter begangen worden sind. Ein entsprechender Antrag liegt gleichfalls vor.

Sehr zurückhaltend äußerte sich der Vertreter des Zentrums, der eine Reihe von Währungsamnestien vorlegte, durch die der nationalsozialistische Amnestieantrag abgeschwächt werden sollte

Der Antrag will u. a. Verbrechen gegen das Leben, schweren Raub, Brandstiftung und ähnliche Gewaltdelikte von der Amnestie ausnehmen.

Als Vertreter des preussischen Justizministeriums warnte Ministerialdirektor Huber vor Annahme einer zu weit gehenden Amnestie. In Beantwortung einer Anfrage des sozialdemokratischen Redners gab er Auskunft über die Zahl der politischen Mordfälle in den letzten Jahren:

Vom 1. Januar 1931 bis 31. Mai 1932 sind in Preußen 80 bis 90 politische Mordtaten vorgekommen. In einzelnen Fällen sind dabei mehrere Personen getötet, in zahlreichen Fällen außer den Getöteten noch zahlreiche Personen schwer verletzt worden.

Die Zahl der politischen Morde ist im Steigen. Dies geht daraus hervor, daß von den genannten 80-90 Fällen auf die fünf Monate des Jahres 1932 allein 40 Mordtaten kommen. Auch der Vertreter des Justizministeriums ist der Ansicht, daß durch die Amnestie die Zahl der politischen Gewaltdelikte noch weiter erheblich zunehmen wird.

Der deutschnationale Dr. Zubele erklärte sich für den nationalsozialistischen Antrag!

In der Abstimmung wurde zunächst der kommunistische Amnestieantrag gegen die Antragsteller abgelehnt, ebenso der sozialdemokratische Antrag, der Amnestie für die Verteidiger der Republik fordert. Dagegen wurde der

sozialdemokratische Antrag auf Straffreiheit für aus Not begangene wirtschaftliche Vergehen mit den Stimmen der Linken und des Zentrums angenommen.

Nunmehr wurde der nationalsozialistische Amnestieantrag zur Abstimmung gestellt. Zu Beginn dieser Erklärung der Kommunist Steinjurtz. Nachdem der kommunistische Antrag, der die Beschäftigten von der Amnestie ausnehmen wollte, abgelehnt sei, würden die Kommunisten für den nationalsozialistischen Antrag stimmen, der die allgemeine politische Amnestie enthält. Er protestierten aber dagegen, daß durch diese Amnestie auch die nationalsozialistischen Arbeitermörder in Freiheit gesetzt würden. (Schallende Heiterkeit.)

Dann wurden die Bestimmungen des nationalsozialistischen Gesetzentwurfes, die die allgemeine Amnestie für alle politischen Straftaten vorsehen, mit der

Meihest Nationalsozialisten — Deutschnationale — Kommunisten

angenommen. Für die weiteren Bestimmungen, die eine Beamtenamnestie (Rückgängigmachung von Disziplinarstrafen) forderten, stimmte zum großen Teil auch das Zentrum. Dagegen wurde der Zentrumsantrag, der die Verbrechen gegen das Leben von der Amnestie ausnehmen will, gegen die Stimmen der Antragsteller und der Sozialdemokraten abgelehnt!

Eine besondere Debatte forderte nach der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes. Der nationalsozialistische Antrag will, daß das Gesetz am Tage nach seiner Verkündung in Kraft tritt. Das Zentrum beantragte, den 1. Juni 1932 als Stichtag. Ministerialdirektor Huber wies worden darauf hin, daß die nationalsozialistische Fassung geradezu dazu ermittle, noch rasch vor Inkrafttreten des Gesetzes Gewalt- und Mordtaten zu begehen, somit Straffreiheit sogar für künftige Verbrechen in Aussicht stelle. Trotzdem lehnte die nationalsozialistisch-kommunistische Mehrheit den Zentrumsantrag ab und bestätigte es bei dem nationalsozialistischen Wahnsinn. Die gleiche Mehrheit nahm auch noch eine Entschärfung an, wonach die preussische Regierung schon vor Inkrafttreten des Gesetzes alle Strafverfahren unterbrechen und alle Verurteilten auf freien Fuß setzen soll, ferner einen kommunistischen Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Heberwachungs-ausschusses zur Durchführung des Gesetzes.

Eine zweite Sitzung zu redaktionellen Zwecken soll am Freitag stattfinden. Ebenso sollen am Freitag verhandelt werden die Anträge über

Begnadigung der Bombenwerfer Klaus, Heim und Genossen, sowie ein kommunistischer Antrag auf Begnadigung von Abtreibungsdelikten.

Trotz dem Erfolge der verbundenen Radikalen ist noch keineswegs gewiß, ob diese Brämierung des nationalsozialistischen Terrors wirklich Gesetz werden wird. Im Ausschuß wurde von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß möglicherweise der Staatsrat gegen das Gesetz Einspruch erheben könne.

Wir schützen die Arbeitslosen

Wichtiger sozialdemokratischer Antrag im Stadtparlament — Kommunisten spielen Theater

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hielt gestern nach vierwöchiger Pause, während der der Haushaltsausschuss in fleißiger Arbeit den neuen Etat vorbereitet, wieder eine Sitzung ab. An die Stelle des Stadtverordneten Bogwod (Soz.), der krankheitshalber zurücktrat, ist der Stadtkanzler Dr. Korach in die Versammlung eingetreten.

Deutschnationale gegen Unterstützungsficherung.

Die sozialdemokratische Fraktion brachte einen Dringlichkeitsantrag folgenden Wortlauts ein:

Der Herr Oberbürgermeister wird ersucht, in geeigneter Weise, auch durch Vorkaufleistungen bei allen in Betracht kommenden Stellen, dafür zu sorgen, daß die Mittel für Auszahlung aller Unterstützungsbeträge in der im Haushalt für 1932 vorgesehenen Höhe trotz der angekündigten Kürzungsmassnahmen der jetzigen Reichsregierung bereitgestellt und ausbezahlt werden.

Gegen diesen Antrag, dem angesichts der angekündigten Herabsetzung aller Unterstützungen für Erwerbslose und sonstige Notleidende durch die neue Baronsregierung erhöhte Bedeutung zukommt,

erhoben die Deutschnationalen Einspruch,

so daß er nicht sofort zur Verabschiedung kommen konnte. Bei der Beratung eines Antrages, der die Zahlung von 14000 Mark an die Kirchengemeinde in Gladow anlässlich einer seit Jahren schwebenden Auseinandersetzung wegen der Trennung des Schulamtes vom Küsteramt vorsah, kam es zu einem

Krach kommunistischer Tribünenbesucher.

Die kommunistische Fraktion hatte Herrn Koenen, der sich sonst sehr selten in der Stadtverordnetenversammlung sehen läßt, als Redner vorgeschickt. Schon während seiner Ausführungen machten sich gewisse Tribünenbesucher durch laute Zurufe bemerkbar; Herr Koenen verstand es denn auch, die Erregung künstlich zu steigern; er kümmerte sich absolut nicht um die Anordnungen des Vorsitzers Haß (Soz.) und sprach selbst beim Glockenzeichen des Vorsitzers ruhig weiter. Die Tribüne lärmte weiter, sie fand Unterstützung bei den kommunistischen Stadtverordneten, so daß dem Vorsteher schließ-

lich nichts weiter übrig blieb, als die Tribünen räumen zu lassen. Man ließ die „Einheitsfront“ hochleben, rief „Nieder Papen“, sang die Internationale und wich erst der Polizeigewalt. Nach der Wiedereröffnung der Sitzung wurden Anträge der Kommunisten auf Wiederherstellung der Öffentlichkeit abgelehnt. Die ursprünglich behandelte Vorlage wurde dann angenommen.

Etwas sehr verspätet wurde dann ein Antrag der Wirtschaftsparteiler, die städtische Biersteuer um 50 Prozent und die Schankverzehrssteuer ganz aufzuheben, angenommen. Der Antrag stammt noch aus der Zeit des Gastwirkestreiks im Februar dieses Jahres; für den Antrag stimmten die Wirtschaftsparteiler, die Kommunisten, die Nazis und — nach einigem Zögern — auch die Deutschnationalen. Bei der angespannten Finanzlage der Stadt wird der Magistrat allerdings dem Antrag nicht beitreten.

Die dann vorgenommene Wahl von zwei Beisitzern zum Verwaltungsausschuss des Landesarbeitsamts Brandenburg ergab die Wahl von Stadtrat Fabiunke (Soz.) und der Stadtverordneten Frau Wunderlich (Staatsp.)

Wozu Unvernunft im Parlament führen kann, zeigten dann wieder die Kommunisten in Gemeinschaft mit den Deutschnationalen und den Nazis. Der Sachverhalt ist dieser: Der Magistrat hat vor einiger Zeit das Friedrich-Wilhelms-Hospital aus dem sehr alt gewordenen Gebäude in der Palisadenstraße im Osten Berlins nach dem schönen Buch verlegt. Die Räume bekommt das Bezirksamt Friedrichshagen zur Verwendung für Verwaltungszwecke. In einer „Vorlage zur Kenntnisnahme“ teilte der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung die Tatsachen mit. Der Kommunist Sakzieder machte einen schrecklichen Lärm um die Angelegenheit. Er sprach fortgesetzt von einer Schließung des Hospitals und ließ auch die Feststellung des Stadtmedizinalrats Prof. v. Drigalski unbeachtet, daß es sich nur um eine Verlegung handelt. Getreu dem Grundsatz: Die sind immer dagegen! stellten die Kommunisten sogar den Antrag, „die Stadtverordnetenversammlung ist gegen die Schließung des Hospitals“. Die Abstimmung ergab die Annahme dieses unsinnigen Antrags, weil selbst eine größere Fraktion der Versammlung nicht zu erkennen vermochte, daß der Antrag offene Türen einrennt. Die in die schöne Gegend von Buch übersiedelten alten Leute fühlen sich dort aber sehr wohl!

man, Caros Korrespondenz zu erlangen. Man bemühte sich um seine Geheimnummer. Besonders rätselhaft war das ständige Verschwinden von Briefen, das übrigens bis heute fort-dauern soll. Man hintertrieb feindliche Veranstaltungen, indem man das Gerücht verbreitete, seine Frau habe einen Schlaganfall bekommen u. a. m. Man schlug öffentlich Plakate an, in denen Caro des Landesverrats bezichtigt wurde. Man kaufte bulgarische Zeitungen und Abgeordnete, um ihn bei der bulgarischen Regierung, deren Generalkonsul er war, unmöglich zu machen. Man erstattete gegen ihn Anzeige wegen eines angeblich von ihm gefälschten Briefes, der in einem Berliner Blatt erschienen war und Ignaz Petschek beschuldigte, Aufsichtsratsmitglied bei der „Mse“ im Auftrage der tschechoslowakischen Regierung geworden zu sein. Man spionierte nicht nur ihn aus, sondern auch die Zeugen, die für ihn auslagten, und selbst einen Landtagsabgeordneten, der gegen den Kohlenmagnaten Petschek im Landtag gesprochen hatte. „Das war die Tätigkeit meiner Gegner“, ruft Professor Caro aus. „Das sind Phantasiegebilde des Angeklagten“, erklärt der Redentläger. „Es ist Wahrheit“, behauptet die Verteidigung.

Man wird vom Zeugen Dr. Ernst Petschek hören, was Wahrheit und was Phantasie ist. Prof. Caro befindet sich aber erst am Anfang seiner Darstellung.

Frau vom Affen angefallen.

Das böartige Tier erschossen.

Auf dem Gelände der Spandauer Gasanstalt in der Parkstraße 11/13 trug sich am Donnerstagmittag gegen 2 Uhr ein eigenartiger Unfall zu.

In dem der Gasanstalt benachbarten Restaurant „Schützenhaus“ in der Neuendorfer Straße war ein etwa 40 Zentimeter großer Rohren-Makak-Affe ausgebrochen, den sich der Besitzer des Etablissements, der Gastwirt Friedrich, schon seit längerer Zeit in einem besonderen Raum in einem Käfig hielt. Das Tier war an und für sich nicht besonders böartig, aber schon wiederholt aus seinem Käfig ausgebrochen. Aus diesem Grunde wurde auch die Tür des Raumes, in dem der Käfig stand, immer verschlossen gehalten. Am Donnerstagmittag geriet der Affe aus irgendeinem Grunde in Wut, biß das Drahtgitter durch und entkam durch die unglücklicherweise gerade offenstehende Zimmertür ins Freie. Im nächsten Augenblick war er über den zwei Meter hohen Zaun der Gasanstalt geklettert und sprang von hier aus der Frau des im Gaswerk wohnenden Schlossers Krüger, die gerade im Hof mit dem Schneiden von Futter für ihre Ziegen beschäftigt war, von hinten auf die Schulter. In ihrem Schreck verlor die Frau das Tier mit den Händen abzuwehren, worauf der Affe sie im selben Moment in beide Hände und Unterarme biß, so daß die Verletzte, die gellende Hilferufe ausstieß, stark blutete. Angestellte des Gaswerks und Polizeibeamte versuchten den Affen, der inzwischen auf dem Hühnerstall herumkletterte, einzufangen. Als dies nicht gelang, würgte ihn ein Polizist durch mehrere Revolverkugeln. Frau Krüger konnte nach ärztlicher Behandlung in ihre Wohnung entlassen werden.

Das Spionagesystem eines Millionärs

Der Kampf zwischen Petschek und Caro

Der Familien- und Mitgliedsstreit zwischen Professor Caro und dem Kohlenmagnaten Petschek trat in der gestrigen Verhandlung vollkommen in den Hintergrund. Was man zu hören bekam, war vielleicht mit das Spannendste, was man je in Roobitz erlebt hat. Die phantastischste Kriminalistik wurde hier Ereignis. Professor Caro nannte das alles „Vernichtungskampf der Familie Petschek gegen ihn“.

In der Ehe des Dr. Ernst Petschek mit der Tochter des Prof. Caro bestanden seit langem Unstimmigkeiten. Am 9. Juni 1928 teilte der behandelnde Arzt Prof. Meier dem Prof. Caro mit, daß, wenn die Ehe so fortgeführt würde, das Leben seiner Tochter gefährdet sei. Prof. Caro ließ sich von seiner Tochter die Tragik ihrer Ehe schildern und legte wenige Tage später Dr. Ernst Petschek nahe, sich vorläufig auf drei Monate von seiner Frau zu trennen. Man einigte sich auf diesen dreimonatigen Burgfrieden, die Tochter zog mit ihren beiden Kindern zu ihrem Vater. Hier beginnt der Kampf der Familie Petschek gegen Prof. Caro und zwar — wenn man Caro glauben darf — mit Mitteln, die vielleicht einzig dastehen und deren sich nur ein hundertfacher Millionär bedienen konnte. Dr. Ernst Petschek umgab seinen Schwiegervater mit Spionen, die ihn Tag und Nacht bewachten. Der Burgfrieden wurde nicht eingehalten. Kurze Zeit nach der Trennung erschienen die Brüder Petschek in Begleitung ihres Anwalts Ederer in Behrendt und der Spione, mit einer einstufigen Verfügung ausgerüstet, um, wie Professor Caro behauptet, mit Hilfe des gekauften Portiers die Kinder zu entführen. Unmittelbar danach kam ein Vertrag zustande, laut dem Prof. Caro die Mithilfe seiner Tochter ausgewertet zurückhalten sollte und das den freien Verkehr der Mutter mit dem Sohn, der dem Vater ausgeliefert werden sollte, vorsah. Im Vertrag steht Caro auch das Eingeständnis, daß er lehnweise tatsächlich die Mithilfe gegeben hat. Die letztere Vereinbarung wurde aber nicht eingehalten. Die Mutter durfte ihren Sohn nur in Hotels sehen, der Großvater hat ihn nie wiedergesehen. Die Detektive wurden nicht zurückgezogen sondern vermehrt.

Prof. Caro fuhr nach Bartentkirchen, in seinem Hotel wurde ein Detektiv eingemietet, der seine Telefongespräche belauschte und seine Briefe abhing. Er fuhr nach Prag; Detektive Petscheks begleiteten ihn dorthin. Seine Villa wurde derart bewacht, daß Detektive

ständig Tag und Nacht in zwei Lagern auf der Straße waren und Caro überallhin folgten. Sein Portier war bestochen und belauschte mit Hilfe besonderer Telefonleitungen seine Gespräche. Der Detektiv der Deutschen Bank, Fomberg, stand im Dienste von Ernst Petschek; er verfaßte eine Schmähschrift, die Prof. Caros Kredit bei der Bank erschüttern sollte, und spionierte in Warschau Caro und dessen Anwalt Wolfgang Heine aus. In Paris verfaßte

Der Führerappell

im „Clou“ war die Kampfansage der Führer und Funktionäre der Eisernen Front an die Regierung der Barone und ihren Verbündeten Adolf Hitler.

Disziplin, Aktivität, Geschlossenheit

drückten der glänzend verlaufenen Kampfersammlung den Stempel eisernen Willens auf. Der 31. Juli ist Schicksalstag für die Arbeiterklasse!

Wir sind gerüstet!

Schon heute geht jeder Parteigenosse, jeder Reichsbannerkamerad, jeder Gewerkschaftler und jeder Arbeitersportler ans Werk!

Genossen, Kameraden! Verbreitert die Front! Stärkt eure Presse!

Werbt neue Leser dem

„Vorwärts“

Der neue „Vorwärts“-Leser wird bald zum Mitstreiter und treuen Kampfgenossen werden!

Mord an einem Gastwirt.

Geldmühtiger Kampf einer Hausangestellten.

In der Nacht zum Donnerstag drang ein noch unbekannter Täter in Schloß Holde bei Bielefeld in das Schlosszimmer des Gastwirts Desselhaus ein, erschlug den Gastwirt mit einem Hammer und verletzte die Frau des Gastwirts, seinen Vater und eine Hausangestellte schwer. Die Hausangestellte warf sich trotz ihrer Verletzungen dem Mörder entgegen und entriß ihm den Hammer, worauf der Täter flüchtete.

Die Schiffskatastrophe im Atlantik.

800 Passagiere schwer gefährdet und schließlich gerettet.

Madrid, 9. Juni.

Der spanische Dampfer „Leida“, der am Mittwoch in der Nähe der Insel Fernando Po auf Reisen aufstieg, ist gesunken. Die 800 Passagiere retteten sich zunächst auf die Felsen und befanden sich in ziemlich gefährlicher Lage. Da das Meer an dieser Stelle ziemlich stürmisch ist, befürchtete man, daß sich die Rettungsarbeiten äußerst schwierig gestalten werden. Sämtliche Passagiere und Mannschaften konnten dann aber von den zur Hilfe herbeigeeilten Schiffen gerettet werden.

Selbstmord einer deutschen Fliegerin.

Paris, 9. Juni.

Große Sensation hat in Pariser Fliegerkreisen eine Nachricht aus Bisra in Algerien hervorgerufen, nach der die Leiche der bekannten Fliegerin Vena Bernstein auf der dortigen Pferdebahn aufgefunden worden ist. Man vermutet, daß die Fliegerin, die eine geborene Deutsche ist und sich naturalisieren ließ, Selbstmord begangen hat. Sie war vor einiger Zeit nach Algerien geflogen, um sich für einen neuen Rekordflug vorzubereiten. Es scheint, daß Beweggründe für die Tat finanzielle Schwierigkeiten waren.

GOLD SABA
EXTRA STARKES ÄGYPTERFORMAT

Anspruchsvoll sein!

Sie brauchen mit Ihren Ansprüchen an eine 3 1/2-Pfg.-Cigarette nicht mehr bescheiden zu sein.

Die neue „Gold Saba“ nach dem alten Original-Rezept bietet mehr, als Sie erwarten!



Nach der Hapag-Lloyd-Stückung.

Geschäftsberichte 1931 / Subventionen selbstverständlich, Kontrolle unerwünscht

Jetzt legen endlich die beiden Großreedereien, die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd, ihre Bilanzen vom 31. Dezember 1931 vor. Beide Unternehmen haben sich 1930 zur Zusammenarbeit auf bestimmten Gebieten in der Hapag-Lloyd-Union bereitgefunden.

Die Subventionspflicht des Reiches wird unterstrichen, jede staatliche Einflussnahme als überaus schädlich zurückgewiesen.

Dass die bereits bekanntgegebene Sanierung eine grundlegende Gesundung nicht herbeiführen werde, ist von uns wiederholt betont worden. Das ist auch die Meinung der Reedereiwaltungen. Das hat sie aber nicht gehindert, eine ungenügende Kapitalherabsetzung (3 zu 1) vorzuschlagen; im Gegenteil, es werden schon jetzt neue Subventionsforderungen angemeldet.

Über die eigenen Sünden liest man in den Geschäftsberichten natürlich wenig.

Es wird auf die Einfuhr- und Einwanderungshemmungen in aller Welt hingewiesen, auf den Rückgang der Frachttäge und des Reiseverkehrs, auf die Entwertung des englischen Pfundes. Diese letzte Ursache allein hat (laut Hapag) auf den meisten Gebieten Verluste von 20 Proz. gebracht.

Über den Ankauf der Hamburg-Südaktien drückt sich der Lloyd so unklar wie nur möglich aus. Tatsächlich hat die Hapag einen Betrag von 12,24 Millionen Mark nominell übernehmen müssen, und zwar zu einem Kurse von 200 Proz. (!) Bei solchen Geschäften wundert man sich nicht mehr, wenn der Lloyd auf Wertpapiere und Beteiligungen 53,1 Millionen Mark abschreiben mußte.

Die Erfolgsrechnungen und die Bilanzen sind mit den Vorjahren schwer zu vergleichen.

Der Rohgewinn der Hapag ist von 55,4 Millionen Mark im Jahre 1930 auf 20,4 Millionen Mark im Jahre 1931 zurückgegangen, beim Lloyd von 39,4 auf 18,1 Millionen Mark. Dabei waren aber im Vorjahr die Zinslasten zum größten Teil schon abgezahlt, so daß der Rückgang tatsächlich noch schärfer war.

Zur Bereinigung der Bilanz sind dann die Abschreibungen bei der Hapag von 23,5 auf 153,7 Millionen Mark erhöht worden; davon entfallen auf Schiffe allein 105,6 Millionen Mark. Der Lloyd erhöhte die Abschreibungen von 23,5 auf 140,5 Millionen Mark; davon kommen auf Schiffe 84,9 Millionen Mark.

Reserven von 38 Millionen Mark, amerikanische Freigabegelder von 37,8 Millionen Mark und aus der Kapitalherabsetzung 106,4 Millionen Mark; beim Lloyd: Reserven 46,6 Millionen, amerikanische Freigabegelder 24 Millionen, Kapitalherabsetzung 99 Millionen und Buchgewinn aus eigenen Aktien 4,1 Millionen Mark.

Danach verfügt die Hapag über ein Kapital von 53,2 Millionen Mark (und 1,4 Millionen Vorzugsaktien) bei einer Flotte von 1.087.000 Tonnen, der Lloyd über ein Kapital von 52,8 Millionen Mark (und 1,7 Millionen Vorzugsaktien) bei einer Flotte von 962.700 Tonnen.

Der Bilanzwert einer Tonne ist mit 218 Mark bei der Hapag und mit 229 Mark beim Lloyd immer noch sehr hoch, ebenso die Schulden- und Zinslasten.

Bei dem gemeinsam aufgestellten Fahrprogramm wurde mit einem Verkehrsrückgang von 35 Proz. gegenüber dem Vorjahr gerechnet. Da auch die Gehälter und Löhne bereits auf den niedrigsten Punkt gedrückt und die Beschäftigtenzahlen stark vermindert wurden, sind die Aussichten so schlecht, daß ein Kapitalschnitt ganz anderen Ausmaßes notwendig gewesen wäre.

Reichsbank und Kabinettswechsel.

Die vorübergehende Unsicherheit über die vom neuen Papen-Kabinett beabsichtigte Währungsreform ist an der Reichsbank nicht ganz spurlos vorübergegangen. Nach dem Ausweis vom 7. Juni ist die Entlastung der Reichsbank von den zum Monatsende in Anspruch genommenen Bank- und Wirtschaftskrediten nur sehr zögernd erfolgt.

Die „Volksfürsorge“ steht fest.

Der Abschluß der Volksfürsorge A.-G., des gewerkschaftlichen Versicherungsunternehmens, ist im Hinblick auf die Erschütterungen des vergangenen Jahres als günstig zu bezeichnen. Natürlich ist die Krise auch an der Volksfürsorge nicht spurlos vorübergegangen, was besonders in dem Rückgang des Neugeschäftes und in einer beträchtlichen Steigerung des Stornos, das ist die Rückgangsmachung von Versicherungen, in Erscheinung getreten ist.

planmäßig die Wiedererkaufsetzung erloschener Versicherungen zu erreichen.

wurde mit Erfolg durchgeführt. So hat die Gesellschaft für arbeitslose Versicherungsnehmer die Sterbeversicherungen (Erfahrversicherung) eingeführt, die den Versicherten gegen eine monatliche Gebühr von nur 20 Pfennig eine Versicherungssumme von 200 M. im Sterbefall bietet, wenn sie sich bereit erklären, bei Beendigung der Arbeitslosigkeit die alte Versicherung wieder aufzunehmen.

Der Gesamtüberschuss der Volksfürsorge lag 1931 mit 12,58 Millionen Mark nicht wesentlich unter dem Ergebnis des vorhergehenden Jahres. Auf die Volksversicherung entfielen hiervon 11,4 Millionen Mark und auf die Lebensversicherung 1,16 Millionen

Der Rotenumlauf ging um 71,2 auf 3889,4 Millionen zurück und bleibt relativ niedrig, wenn man die Tatsache der immer noch mit Milliardenbeträgen fortbestehenden Stützungen — Folgen der Inflations — berücksichtigt. Die Devisenbilanz der Reichsbank war nach mehrwöchiger Ausgeglichenheit in der ersten Juniwoche wieder etwas ungünstiger.

Tagung der Konsumvereine.

Dr. Kemmele im Vorstand des Zentralverbandes.

Am Mittwoch, dem letzten Verhandlungstag in Jena, wurden nach Annahme einiger Satzungsänderungen die Neuwahlen vorgenommen. Die ausscheidenden Ausschussmitglieder wurden wiedergewählt, ebenso die ausscheidenden nebenamtlichen Vorstandsmitglieder. An Stelle des ausscheidenden geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes August Kaja wurde der frühere badische Staatspräsident Dr. Adam Kemmele in den geschäftsführenden Vorstand entsandt.

Im Anschluß an den Genossenschaftstag trat die Generalversammlung der Groß-Einkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine zusammen. Nach dem Geschäftsbericht des Vorstandes ist die Bilanzsumme des Jahres 1931 mit 197,59 Millionen um 43 Millionen niedriger als im Vorjahre. Die Warenbestände erhöhten sich gegenüber 1930 um 4 Millionen auf 26,2 Millionen. Die Forderungen betragen 33 Millionen. Das Stammkapital blieb mit 25 Millionen unverändert.

KARSTADT'S Lebensmittel-Preisliste

WEINE u. SPIRITUOS.

- Aperwein ... 1,30
Apfelw. süß ... 1,20
Böhlenwein ... 1,10
Gaubidelsheim ... 1,50
Niersteiner ... 1,80
Samosa, Malaga ... 1,90
31er Laubenheimer ... 1,50
31er Mosenicher ... 1,50
28er Orzger Fichter ... 1,50
28er Letig, Kirchenpfad ... 1,30
Himbeer- u. Kirndorf, gr. Sekt ... 1,10

DELIKATESSEN

- Portug. Olsardinen 5 Ds. 0,85
Forr. Olsardinen 2 1/2 Clubs. 0,38
Fildorcin verschied. Sorten Ds. 0,39
Brieslinge in Tomaten Ds. 0,38
Wochenendkons. an Ds. 0,30
Rinds-Goulasch. 1 Pfd. 0,60
Makrelen in Tomaten Ds. 0,50
Santgurken ... 2 Pfd. Ds. 0,58
Würstchen ... 5 Paar Ds. 0,55
Import-Sardellen ... Pfd. 0,85
Ital. od. Heringssoße Pfd. 0,50
Mayonn. od. Remoul. Pfd. 0,80

KOLONIALWAREN

- Eierbandnudeln ... Pfd. 0,36
Surma-Reis ... 3 Pfd. 0,36
Weizenmehl ... 2 Pfd. 0,38
Hartweizengrieß ... an Pfd. 0,28
Aprikosen ... an Pfd. 0,60
Kirschen ... Pfd. 0,48
Beckpflaumen ... Pfd. 0,38
Mischobst ... an Pfd. 0,35
Kaffee ... an Pfd. 2,00

BUTTER, FETTE, EIER

- Gutsbutter ... Pfd. 1,05
Tafelbutter ... Pfd. 1,12
Molkereibutter ... Pfd. 1,16
Rohschmalz ... Pfd. 0,34
Griebenschmalz ... Pfd. 0,44
Dän. Blasenschmalz ... Pfd. 0,38
Margar., Cocofett 3 Pfd. 0,95
Fr. Eier russische ... 15 Stück 0,85
Knäckebrot ... Paket an 0,10

WURSTWAREN

- Konsum-Süze ... Pfd. 0,30
Pomm. Rot- u. Leberwurst Pfd. 0,52
Dampfwurst ... Pfd. 0,84
Fleischwurst ... Pfd. 0,55
Jagdwurst ... Pfd. 0,78
Wiener-Wurstchen ... Pfd. 0,75
Feine Leberwurst ... Pfd. 0,55
Thür. Knackwurst ... Pfd. 1,58
Hmb. gek. Mettwurst Pfd. 1,68
Holst. Cervelat u. Sal. an Pfd. 0,95
Grobe Holsteiner ... Pfd. 1,18
Schinken roh ... Pfd. 0,30

DIVERSE KÄSE

- Harzer ... ca. 1 Pfd.-Pak. 0,28
Romadour 20% ... Stück 0,25
Camembert vollfett 2 Sct. 0,35
Limburger 20% ... Pfd. 0,38
Tilsiter 20% ohne Rinde Pfd. 0,49
Dän. Schweizer 30% Pfd. 0,52
Emmentaler ... Pfd. 0,54
Brikäse vollfett ... Pfd. 0,58
Edamer, Holländer 20% Pfd. 0,48
Steinduscher vollfett ... Pfd. 0,88
Holländer Edamer 40% Pfd. 0,64
Jaysr. Schweizer vollfett an Pfd. 0,85

FRISCH-FLEISCH

- Kalbs-Schnitzel ... Pfd. 1,20
Schweine-Schnitzel ... Pfd. 1,10
Kalbs-Goulasch ... Pfd. 0,50
Schw.-Kotelett ... Pfd. 0,78
Rinder Spickbraten ... Pfd. 1,14

FRISCH-FLEISCH

- Goulasch, gemischt ... Pfd. 0,58
Odenbrust m. Knodl. Pfd. 0,58
Suppenfleisch ... Pfd. 0,48
Eisbain ... geobkelt ... Pfd. 0,38
Kalb erkamm-Schuff ... Pfd. 0,50

KONFITUREN

- Saure Drops ... Pfd. 0,80
Erfrischungsschnitte ... Pfd. 0,88
Erfrischungswaffeln ... Pfd. 0,85, 0,78
Haushalt-Kekes ... Pfd. 0,78, 0,50

OBST UND GEMÜSE

- Kirschen ... Pfd. 0,40
Stachelbeeren unreif 2 Pfd. 0,38
Gurken ... an Stück 0,28
Junge Bohnen ... Pfd. 0,38

Bestellungen über 5 Mark unter P 0 überwald JULI werden prompt erledigt. Mengenabgabe vorbehalten. In den Osthallen spielen die Kapellen Emil Roßts und Dr. Harry Osten.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik nur an das Jugendreferat Berlin...

Heute, Freitag, 10. Juni, 1916 Uhr.

26. Juni im Grünwald-Stadion gegen sofortige Bezahlung (30 Pf.) abgelehnt werden.

Arbeitsgemeinschaft für Politik und Naturkunde...

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Reichshaus Berlin...

Die Juvena-Badeausflug-Werbewoche...

„Wenn ein kleiner Zufall will...“

Wenn man ganz unversehrt zu 1000 Mark kommt...

Table with 2 columns: Product Name and Price. Includes items like Hausmachersülze, Fleischwurst, Käse und Fette, Gemüse-Konserven.

Billige Lebensmittel

Preise nur Freitag und Sonnabend. Die Zusendung von Lebensmitteln erfolgt bei Bestellung von 5,00 Mark an...

Table with 2 columns: Product Name and Price. Includes items like Kabeljau, Hechte, Wildragout, Rehblättler, Obst und Gemüse.

HERMANN TIETZ

FORTSETZUNG UNSERER SERIEN-TAGE

Theater, Lichtspiele usw. Staats Theater, Städt. Oper, Schiller-Theater.

Wintergarten. Die Artistik - selbstverständlich wie stets prima prima.

Befanntmachung. Straßfalle gegen den Autohahn Hermann Feig...

Lesing-Theater. Die Journalisten.

Deutscher Metallarbeiter-Verein. Todesanzeigen.

Richard Wunsch. Geboren 19. Januar 1877, am 7. Juni gestorben.

Deutsches Theater. Die Journalisten.

Deutscher Metallarbeiter-Verein. Adm. Verwaltungsmitglieder.

Fritz Möller. Geboren 4. April 1890, am 4. Juni 1916.

KLEINE ANZEIGEN. Jedes Wort 10 Pf. Verkauft, Nähmaschinen, Radio, Kaufgesuche.

HAUS WALTERIAND. Vergnügungs-Restaurant Berlins.

Rose-Theater. Die Räuber.